

PRESSEMITTEILUNG

Energiediskussion - Unternehmen brauchen Kostensenkung und Versorgungssicherheit

Kommunale Unternehmen Daseinsvorsorge oder Belastung? - Wirtschaftsrat diskutiert mit KEBT und TEAG

Bleicherode, Erfurt, Thüringen, 5. Mai 2018: Eine lebhafte Diskussion zu Für und Wider kommunaler Unternehmen und ihrer unternehmerischen Befähigungen führten Energie-Interessierte und -Experten des Wirtschaftsrates, insbesondere der Sektion Nordthüringen und der Thüringer Landesfachkommission Energiepolitik mit Peter Hengstermann, Vorstand der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT) und Aufsichtsratsmitglied der TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) sowie mit Frank Rostek, Bürgermeister Stadt Bleicherode und langjährig im Vorstand der KEBT. Einigkeit herrschte im Grundverständnis zur Verantwortung des Staates für die Daseinsvorsorge also Sicherung des öffentlichen Zugangs zu existenziellen Gütern wie beispielsweise der kürzlich in Bleicherode betrachteten Energieversorgung durch die TEAG und der sie führenden KEBT.

Hier sahen Hengstermann und Rostek KEBT und TEAG auch für die Zukunft unternehmerisch handlungs- und reaktionsfähig sowie auch finanziell für den Wettbewerb auf dem sich neu ordnenden Energiemarkt sicher aufgestellt. Herausforderungen wie insbesondere den Atomausstieg ab 2019 betrachteten die Vertreter des Wirtschaftsrates als zunehmende Gefahr für den Wirtschafts- und Industriestandort. Weiter steigende Energiekosten und ebenso eine bei Nutzung von Wind- und Solar gefährdete Grundlastsicherung wären solche besorgniserregenden Unwägbarkeiten.

Von der Professionalität der Unternehmensführung der TEAG und KEBT seien die Industrievertreter zwar überzeugt, doch müsse zusätzlich eine Ideologiefreiheit für ihr Handeln gewährleistet sein. Es dürfe daher, so die Forderung des Wirtschaftsrates, kein weiterer Eingriff seitens der Politik möglich sein. Verwerfungen, politisch motiviert und wider volkswirtschaftlichen Sachverstand, wie beispielsweise durch den 2-Prozent-Beschluss des gegenwärtigen Rot-Rot-Grün-Kabinetts zur Windkraftnutzung, dürften sich zukünftig nicht wiederholen.

Daher laute die Forderung des Wirtschaftsrates an die Thüringer Koalition, sich vom polemischen und ideologisch motivierten 2-Prozent-Ziel bei der Windkraft politisch zu verabschieden. Die hierfür nötigen Kosten der Netzertüchtigung in sehr hohen dreistelligen Millionenbeträgen könnten weder Freistaat noch Thüringer Unternehmen tragen.

Kontakt:

Wirtschaftsrat der CDU e. V. – Landesverband Thüringen

Andreas Elm von Liebschwitz, Landesgeschäftsführer

Juri-Gagarin-Ring 152, D-99084 Erfurt

Telefon 03 61 - 5 66 14 88, Fax 03 61 - 5 66 14 90

lv-thueringen@wirtschaftsrat.de

<http://thueringen.wirtschaftsrat.de>

Zum Landesverband Thüringen im Wirtschaftsrat Deutschland

In den vier Sektionen Ost-, Süd-, West- und Nordthüringen sowie den drei Stadtsektionen Erfurt, Jena-Saalfeld und Weimar des Thüringer Landesverbandes pflegen die Mitglieder den Dialog mit der Regional- und Landespolitik. Zudem agieren sechs Landesfachkommissionen in den Bereichen Internet und Digitale Wirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Wirtschaft und Innovation, Energiepolitik, Personal, Gesellschaft und Soziales sowie Steuern, Haushalt und Finanzen für den fachlichen Austausch mit der Politik.

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. ist die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Europa. Unternehmen und Unternehmern bietet er eine branchenübergreifende Plattform, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Sinne Ludwig Erhards für Fortschritt durch Wettbewerb, Chancen durch Freiheit und Wohlstand durch Leistung mitzugestalten.